

ßen Kardinals entbot dann Dompropst Bierstke einen herzlich willkommenen Gruß.

Die Begrüßungsreden der Vertreter der weltlichen Behörden zeigten, daß man sich hier in Breslau in einem Grenzgebiet befindet und daß die Behörden gern die breite Plattform des Katholikentages benützen, um ihren vielfachen sozialen und wirtschaftlichen Nöten Gehör zu verschaffen. Das ist selbstverständlich, wenn man bedenkt, daß zwei Drittel des Schlesienlands an die slowakischen Nachbarn und nur ein Drittel an das gemeinsame deutsche Vaterland grenzt. Der Oberbürgermeister der Stadt Breslau, Dr. Wagner, wies auf die besondere Lage der Stadt Breslau hin und begrüßte es freudig, daß die 65. Generalversammlung der deutschen Katholiken in der Metropole des schlesischen Ostens stattfinden. Das Stadtobhaupt hob weiter anerkennend hervor, daß in dieser Stadt die beiden Konfessionen im Frieden leben und daß die katholische Bevölkerung, mit dem Herrn Kardinal an der Spitze, sich um das Wohl des Gemeinwesens große Verdienste erworben habe.

Der Oberpräsident von Schlesien, Zimmer, hieß den Katholikentag gleichfalls herzlich willkommen, besonders die, die von außerhalb Schlesiens nach Breslau geeilt seien. Auch er lenkte die Blicke von ganz Deutschland nach dem Osten und gab dann dem Wunsch Ausdruck, daß alle, die jetzt in dieser Stadt weilten, nie die Tage von Breslau vergessen möchten.

Nach einem Choroortrag: „Die Geese an der Himmelstür“, den Domkapellmeister Blaesche dirigierte, folgten noch einige Begrüßungsreden. Zunächst gab Landeshauptmann Horion, Düsseldorf, dem Wunsch Ausdruck, der Breslauer Katholikentag möge eine glänzende Kundgebung des über Stämme und Parteien einigen katholischen deutschen Geistes werden. Dann sprach der Präsident des vorjährigen Lokalkomitees des Katholikentages in Stuttgart, Verlagsdirektor Dr. Treiber in zumoroher Weise über die Beziehungen des Schwabenlandes zum „schlesischen Himmelstür“. Staatspräsident Trund, Karlsruhe, überbrachte Grüße der deutschen Katholiken vom Oberrhein, insbesondere aus der Erzdiözese Freiburg. Dann sprach Graf Hendel von Donnerstern für die polnischen Katholiken deutscher Zunge im abgetrennten Ost-Ober-Schlesien, und wies auf den dort gegründeten Verband deutscher Katholiken Ostschlesiens, die in durchaus unparteiischer Weise die großen katholischen Fragen ähnlich, wie der Katholikentag behandeln werden.

Eine Reihe weiterer Begrüßungsansprachen, auch von Vertretern von Katholiken im Auslandes fielen den Abend aus, der von Vorträgen des gemischten Chors verschönert wurde.

Das Präsidium.

Zum Präsidenten des Breslauer Katholikentages wird am heutigen Sonntag der Landeshauptmann der Rheinprovinz Dr. Horion gewählt werden. Erster Vizepräsident wird Graf Neipperg, Vizepräsidentin Frau Abgeordnete Bronker. Der nächste Katholikentag findet in Dortmund statt.

Im Flugzug zum Katholikentag.

Gestern nachmittag gegen 2 Uhr verließ mit dem von der Luftkassa zur Verfügung gestellten Flugzeug D 565 Runtius Tag in Breslau zu begeben. In der Begleitung des Runtius sah man Runtiusratentrat, Vater Feßmann und Oberregierungsrat von Stockhausen. Das Flugzeug landete gegen 4 Uhr wohlbehalten auf dem Breslauer Flugplatz.

Bei seinem Eintreffen in Breslau wurde dem Runtius ein herzlicher Empfang zuteil. Er wurde auf dem Breslauer Flugplatz im Namen des Kardinals von Generalsekretär, Dompropst Blaesche und einigen Herren des Domkapitels, im Namen des Lokalkomitees von Fürst Alois von Löwenstein und Geheimrat Dr. Forst, im Namen des Lokalkomitees von Obermeister Unterberger, vom Oberpräsidenten Zimmer im Namen der Provinz Niederschlesien, von Polizeipräsident

Rieinböhrer im Namen der Stadt Breslau und von Verlagsdirektor Klossa im Namen der schlesischen katholischen Presse begrüßt. Auf dem Wege zur bischöflichen Residenz, wo der Runtius Wohnung genommen hat, entbot ihm die Breslauer Bevölkerung auf das lebhafteste ihren willkommenen Gruß. Unter den Klängen des Liedes: „Die Himmel rühmen den ewigen Ehre“ fuhren die Wagen in das fürstbischöfliche Palais, wo in dem Empfangssaal Kardinal Bertram mit dem Abt Schmidt von Grünau, den Runtius und seine Begleiter erwartete. Hier begrüßte im Namen des Lokalkomitees Runtius Michael den Runtius mit warmen Worten.

Der neue japanische Botschafter.

Zum Nachfolger des bereits seit längerer Zeit nach Japan zurückgekehrten japanischen Botschafters in Berlin, Honda, ist der bisherige Direktor der Vertragsabteilung des Auswärtigen Amtes in Tokio, Harukazu Nagaoaka ernannt worden, der bereits am 25. dieses Monats zur Übernahme seines Postens hier eintrifft. Botschafter Nagaoaka war schon einmal, als zweiter Botschaftssekretär von 1910 bis 1912, in Berlin tätig, 1917 Botschaftsrat in Paris, 1921 Gesandter in Prag, 1923 Gesandter im Haag und seit 1925 Ministerialdirektor in Tokio.

Michaëlis und der päpstliche Friedensschritt 1917.

Eine Erklärung des Professor Dr. Bredt. Gegenüber den Angriffen des Reichstanzlers A. D. D. Michaëlis auf sein Gutachten für den parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Reichstages gibt der Sachverständige des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages, Professor Dr. Bredt, M. D. R., folgende Erklärung ab:

Auf die Frage, inwiefern im Jahre 1917 eine Friedensmöglichkeit bestand, kam es in meinem Gutachten gar nicht an. Namentlich von einem englischen Friedensangebot findet sich in meinem Gutachten kein Wort; diesen Einwand hätte Dr. Michaëlis sich sparen können.

Mein Gutachten betrifft das Zusammenwirken von Reichsregierung und Reichstag, und da habe ich aus den Urten folgendes festgesetzt: Die Kurie erbat eine deutsche Erklärung über die Wiederbestellung Belgiens. Der Kaiser entschied, daß diese Erklärung abgegeben werden solle; der Siebenerausschuss verlangte die Abgabe der Erklärung auf Grund der Friedensresolution. Dr. Michaëlis zeigte darauf dem Siebenerausschuss eine Antwort an die Kurie, in welcher der Bericht auf Belgien durch eine allgemeine Bezugnahme auf die Friedensresolution entfallen kein sollte. Dann aber schrieb er einen Geheimbrief an den Runtius P. Celli, in welchem er die gewünschte Erklärung über Belgien ausdrücklich ablehnte. Daraus habe ich die Folgerungen gezogen:

Wenn und soweit überhaupt eine Friedensmöglichkeit bestand, war sie durch diesen Geheimbrief zerschlagen.

Ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Reichsregierung und Reichstag war unmöglich, wenn der Reichstanzler den Siebenerausschuss in einem falschen Glauben belies und in einem Geheimbrief ihm entgegen handelte.

Das ist es, worauf es in dem betreffenden Kapitel meines Gutachtens ankam, und darauf hat Dr. Michaëlis noch nicht geantwortet.

Dr. Michaëlis wirft mir weiter vor, ich hätte die Verhandlungen des zweiten Unterausschusses nicht mit herangezogen. Ich habe diese Verhandlungen genau gelesen, habe aber in einer Anmerkung gesagt, daß sie noch nicht öffentlich verwendet werden dürfen, daß sie aber nichts enthalten, was mit meinen Ausführungen in Widerspruch stünde. Das hat Dr. Michaëlis offenbar überlesen.

Seiner für seine in Aussicht gestellte Veröffentlichung macht, sieht er hoffentlich mein Gutachten genauer durch, um zu sehen, worauf es ankommt.

Denkschrift des mexikanischen Episkopats.

Neuport, 21. August.

Die „Associated Press“ aus Mexiko meldet, wird das Episkopat den Versuch machen, eine Aenderung der die Kirche betreffenden Artikel der Verfassung durch den Kongress herbeizuführen, so daß der gegenwärtige Kirchenstaat sich vielleicht auf einem großen politischen Kampf gestalten wird. Wie an maßgebender kirchlicher Stelle verlautet, beschließt das Episkopat, dem Kongress in Form einer Denkschrift ein itemliches Ergehen um eine Aenderung der Verfassung zugehen zu lassen. Präsident Calles hat auf das Ergehen des Episkopats Mitleid und hat die Verfassungserlasse unter Berücksichtigung der kirchlichen Angelegenheiten begünstigen angesetzt, daß der Episkopat dem Kongress um Aenderung der Verfassung eruchen oder den Obersten Gerichtshof anrufen soll. Wie es heißt, plant man die Schaffung einer großen politischen Partei, die den Gedanken der Verfassungsänderung vertreten soll. Diese Partei würde sich jedoch nicht als katholische Partei bezeichnen und eine Verletzung der Verfassung vermeiden, die die Verfassung religiöser Gruppen an politischen Angelegenheiten verbietet.

Der Gottesdienst in den Kirchen wird, wie in einer Erklärung von bischöflicher Seite nochmals betont, nach der Aenderung der Verfassungserlasse wieder aufgenommen werden. In der Erklärung heißt es weiter, eine Verfassung, die die verschiedenen Elemente eines großen Volkes zu regieren bestimmt sei, müsse die berechtigten Wünsche des Volkes berücksichtigen; bei der mexikanischen Verfassung ist dies jedoch nicht der Fall, da weitaus der größte Teil des mexikanischen Volkes katholisch ist und die gegenwärtigen kirchlichen Bestimmungen nicht würdige. Das Episkopat möchte deshalb die seitweilige Nichtanwendung der Verfassungserlasse, bis die Haltung des Volkes hergestellt sei. Die Erklärung unterstreicht die Notwendigkeit einer Trennung von Staat und Kirche, zwischen denen dabei gegenseitige Harmonie bestehen müsse. Weiter bringt die Erklärung zum Ausdruck, daß man den von Calles in seinem Brief an den Episkopat am den Tag gelegten persönlichen Gesell zu würdigen wolle und endet mit dem Wunsch, daß Calles der Wunsch beizubehalten sein möge, für Mexiko eine Zeit herauszuführen, wo im Rahmen einer weltlichen Demokratie Sozialisten, Liberale und Katholiken freundschaftlich zusammenleben.

Die „Krautgefährlichen“ Katholiken.

Neuport, 20. August.

Sämtliche Katholiken, die unter dem Verdacht von Festsetzungen zum Aufbruch am Sonntag verhaftet worden waren, wurden, wie „Associated Press“ aus Mexiko meldet, mit Ausnahme von drei Frauen und acht Männern aus der Haft entlassen.

Zeitweise Arbeitsaufnahme in England.

London, 21. August.

Heute haben etwa 3000 Arbeiter in den Regionen Nottinghamshire und Derbyshire sich bereit erklärt, die Arbeit zu den Bedingungen der Grubenbesitzer, die gegen den Vertriebslohn und 74-stündiger Arbeitszeit, wieder aufzunehmen. Von Seiten der Arbeitgeber wird die Gewerkschaft der in den Gruben zurückgekehrten Arbeiter auf 45 000 beziffert. Dazu ist zu bemerken, daß die Zahl der unabhängigen Bergarbeiter 1 200 000 beträgt, und daß man in Bergarbeiterkreisen infolgedessen die Lage durchaus nicht optimistisch ansieht.

Das ministerielle Komitee, das mit der Prüfung des Entwurfes beauftragt ist, hat sich heute verhandelt. Es hat aber noch keine Beschlüsse darüber gefaßt, ob die Mitglieder der Arbeiter und Grubenbesitzer eingeladen werden sollen, mit Regierungserretretern zusammenzutreffen, um die Fragen zu erörtern. Man erwartet, daß die Regierung nach wie vor dem Abschluß von regionalen Abkommen günstig gesinnt ist.

Weltstadtseelforge.

Von Hermann Bahr.

Im Rahmen seines „Lagebuches“ im „Neuen Wiener Journal“ vom 17. 7. 1921, hat der bekannte Herrschelische Dichter Hermann Bahr folgende Betrachtung über die Weltstadt Berlin geschrieben:

Die deutschen Stämme kennen einander kaum, sie bestreben einander, gar aber der deutsche Katholik steht Protestanten völlig unerkennbar und wie sie sich nur auf den katholischen Priester vorstellen, ist ganz absurd. Er führt in ihrer Phantasie ein beschaufeltes, offenkundig erbauliches, höchlich aber beneidenswertes Dasein, sorglos, von Ehrfurcht umgeben, aller Welt entzückt, und wenn Beichtstören gerade kein Vergnügen sein mag, so wird ihm nach ihrer Meinung die Mühe durch das aus ihrer quellenbehafteten reichlich aufgenossen. Der Protestant sieht der Kardinal im Gespräche freierlicher Professionen, er kennt allenfalls den Pfarrer großer Stadtgemeinden und jede Begegnung mit einem Mönch endet in ihm Grimmerungen an irgend ein feuchtsüßes Schmugzweiges Götterbild. Schon von den Wägen eines Kantplatzes, gar in von Proletarisierung bedrohten, von der Angst verarmender Kleinbürger unterwühlten Straßen, ohmt er nichts. Welche Selbstlosigkeit, welcher Verzicht auf das geringste Maß bürgerlichen Behagens, in welcher He... mit gerade dem katholischen Priester in den weißen Weltstäden unserer Zeit täglich von neuem zugemutet wird, wenn er nur halbwegs seiner Pflicht genügen soll, das ahnen auch gute Katholiken selber kaum. Sie freuen sich, daß in den deutschen Großstädten die Zahl der Katholiken jetzt von Tag zu Tag wächst, aber mit welchen ungeschulten Dingen namentliche Priester, von denen niemand spricht, jeden Gewinn an Seelen bezahnen müssen, wer fragt danach, wer acht und nur, mit welchem dämonischen Widerstand des Unglaubens, der höchsten Geisteslosigkeit, ja zafenden Hasses sie ringen? Ein zehntausender Priester, jetzt an die Fünfhundert, Dr. Karl Sonnenschein, in jungen Jahren schon als Leiter des Sekretariats sozialer Studentenarbeit zu München-Grubbad bekannt, seit 1918 aber mit der Vertreibung aus akademischen Arbeitsamt in Berlin unter dem Namen des Sozialrats im Zusammenhang dieser Stadt, in der noch immer das Schicksal Deutschlands, in der steckfest über Lob und Widergeburt des Ungelaubtes entschrieben wird. Seine Werkkraft, doch durch das Wort und sein eigenes Beispiel allein, bewirkt, was ein einzelner Mann vermag, auf nichts als das Erbarmen seiner glühenden Liebesmacht gestützt. Er gibt davon Rechenschaft im „Katholischen Kirchen-

blatt für Berlin“ und diese herzergründenden Berichte sind nun in drei Hefchen gesammelt: „Woligen Weltstadtseelforge“ von Dr. Karl Sonnenschein (Verlag Germania, Berlin C 2, 1920 und 1921). Durch ein Innernsglaubenden Glands führt er uns, es ist kein „Laboratorium“, Berlin hat 53 Gemeinden aus allen Württemberg, „zusammengeworfen“ Katholiken, rings sind ihre Seelen bedroht. Der Kirchengang gehört nicht mehr zum Lebensstil. Die neue Religion heißt Kommunismus, auch in den Dörfern schon. Er füllt dürftig das religiöse Vakuum aus. Hier kommt es vor allem darauf an zu helfen. Dazu muß man doch aber die Bedürfnisse erst zu finden wissen: „Das große Problem der Weltstadt besteht in der rasch wachsenden Unmöglichkeit, die Menschen zu ernähren.“ Er handelt damit die größte Gefahr der Gegenwart: die Großstadt hunger, in der Großstadt kennen Zimmer-nachbarn einander nicht mehr, keiner weiß vom Leid des anderen, das ist ja nochein Glück, denn zeigte sich das Leid auch nur einer einzigen Straße irgendeiner Weltstadt öffentlich, wer hätte, noch so kumpfen Gemütes, die Kraft, den größten Anstoß entgegen zu können? Man versteht den mühsam beherrschten Jörn Sonnenheims, der einmal gegen den sorglosen Leichtsinn der Reichsen in die Drohung ausbricht: „Erfüllt meine Massen Hunger die Willen anhaben, werden sie begreifen, welche Saat ihr Beißel gesät hat. Für die Menschen ohne Straße gibt es keine andere Antwort als die unermesslichen des Hungers.“ Und ein anderes Mal, auf dem Kempthofer Feld unter Jöntanten, den den vielstündig tödlichen Spannung eines Fliegens mit Fallschirm erwartend, fragt er sich unwillkürlich: „Sind wir eigentlich seit Heros Zeiten menschlicher geworden? Haben wir eigentlich recht, den Spaniern wegen ihrer Eierkämpfe Korwaffe zu machen?“ Man kann seine Gereiztheit gegen mondäne Katholiken verstehen, die Weihnachtstagen feiern, an sich schon kitschig genug, indem sie zwar zunächst unter dem Baume „Stille Nacht, heilige Nacht“ abhängen, gleich darauf aber zu tanzen beginnen, zu gewohnter Tanzmusik, ohne sich auch nur einen Augenblick durch den Gedanken führen zu lassen, daß es zur selben Zeit an diesem heiligen Abend in ihrer Stadt 175 000 Arbeitslose gibt. In solchen Stunden bekräftigt sich in ihm das Gefühl seiner Verbannung, hinausgehoben in die Welt, vor allem in diese Berliner Welt, um sie zum wahren Glauben zu bekehren, zum Glauben an die Bebestat: „Wort muß Tat werden.“ Ich glaube, ich fühle, ich sehe, daß dies unter uns geschieht. Wir erleben den Berliner Katholikismus in einem Augenblick, in dem er aus der Monotonie, der geräuschlosen, der erdichten Karregheit seiner Disposition herauswächst. Er steht im Begriff, seine pflichtmäßigen Positionen zu verlassen.“ Darum werden auch freudig Holz auf die Kraft der Männermissionen, auf die Tzene der katholischen Arbeiter Berlins, die im Nordosten Stadt

für Nacht ihre Kirche bewachen müssen, damit nichts gestohlen wird. Die im Kadelwert, bei der Koartbreite, damit der Festtagstag zwischen dem Anstehen der Wächtern leben. Das immer wieder, so sehr ihn der graulichen Weltstadt unerkennbar und wie sie sich nur auf den katholischen Priester vorstellen, ist ganz absurd. Er führt in ihrer Phantasie ein beschaufeltes, offenkundig erbauliches, höchlich aber beneidenswertes Dasein, sorglos, von Ehrfurcht umgeben, aller Welt entzückt, und wenn Beichtstören gerade kein Vergnügen sein mag, so wird ihm nach ihrer Meinung die Mühe durch das aus ihrer quellenbehafteten reichlich aufgenossen. Der Protestant sieht der Kardinal im Gespräche freierlicher Professionen, er kennt allenfalls den Pfarrer großer Stadtgemeinden und jede Begegnung mit einem Mönch endet in ihm Grimmerungen an irgend ein feuchtsüßes Schmugzweiges Götterbild. Schon von den Wägen eines Kantplatzes, gar in von Proletarisierung bedrohten, von der Angst verarmender Kleinbürger unterwühlten Straßen, ohmt er nichts. Welche Selbstlosigkeit, welcher Verzicht auf das geringste Maß bürgerlichen Behagens, in welcher He... mit gerade dem katholischen Priester in den weißen Weltstäden unserer Zeit täglich von neuem zugemutet wird, wenn er nur halbwegs seiner Pflicht genügen soll, das ahnen auch gute Katholiken selber kaum. Sie freuen sich, daß in den deutschen Großstädten die Zahl der Katholiken jetzt von Tag zu Tag wächst, aber mit welchen ungeschulten Dingen namentliche Priester, von denen niemand spricht, jeden Gewinn an Seelen bezahnen müssen, wer fragt danach, wer acht und nur, mit welchem dämonischen Widerstand des Unglaubens, der höchsten Geisteslosigkeit, ja zafenden Hasses sie ringen? Ein zehntausender Priester, jetzt an die Fünfhundert, Dr. Karl Sonnenschein, in jungen Jahren schon als Leiter des Sekretariats sozialer Studentenarbeit zu München-Grubbad bekannt, seit 1918 aber mit der Vertreibung aus akademischen Arbeitsamt in Berlin unter dem Namen des Sozialrats im Zusammenhang dieser Stadt, in der noch immer das Schicksal Deutschlands, in der steckfest über Lob und Widergeburt des Ungelaubtes entschrieben wird. Seine Werkkraft, doch durch das Wort und sein eigenes Beispiel allein, bewirkt, was ein einzelner Mann vermag, auf nichts als das Erbarmen seiner glühenden Liebesmacht gestützt. Er gibt davon Rechenschaft im „Katholischen Kirchen-

Cupen-Malmedy und Poincaré.

Brüssel, 21. August. (A. U.)

Die gesamte flämische Presse folgt der Frage Cupen-Malmedy zu neugierigen. Eine Anzahl von Zeitungen greift Frankreich wegen seiner oppositionellen Haltung an. Der katholische flämische „Standard“ schreibt: „Wir können nicht länger Wallonen Frankreichs weihen.“ Dieses Wallon fordert Bänderwebe auf, seine Rückständigkeit auf Frankreich zu nehmen, und stützt sich auf die Feststellungen der liberalen Zeitung „Laatste Nieuw“, die verlangt, daß, solange Frankreich an den französischen-belgischen Militärvertrag appelliert, dieser von Belgien aber getadelt werden müsse, um freie Hand zu haben. Das sozialistische Blatt „Voruit“ schreibt, Frankreich betreibe ein egoistisches Mandat.

In der „Germania“ von gestern morgen haben wir Kenntnis von der Erklärung des belgischen Ministerpräsidenten Jaspars, daß offizielle Verhandlungen zwischen der belgischen und deutschen Regierung über die Rückgabe von Cupen-Malmedy an Deutschland niemals stattgefunden hätten und niemals stattfinden werden.

Man sieht, der Staatsmann Monsieur Jaspars ist kein Anhänger des berühmten Wortes des Staatsmannes Taylorland, daß man in der Politik niemals „niemals“ sagen solle.

Gerüchte über die angeblich beabsichtigte Rückgabe von Cupen und Malmedy sind zum ersten Male erwähnt worden in einem in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ abgedruckten Aufsatz, den der Russe Poffajoff unter dem Namen „Augur“ im Augustheft der „Fort nightly Review“ veröffentlicht hatte. Wir haben seinerzeit unter der Ueberschrift „Mit englischen Augen“ auf diese Veröffentlichung hingewiesen. Etwas gleichzeitig haben mehrere belgische Zeitungen, und zwar nicht nur sozialistische, sondern auch konservative, sich für den Plan ausgesprochen. Nachdem die Frage in den letzten Wochen nahezu in der ganzen Presse Frankreichs, Englands und Deutschlands behandelt worden ist, sehen wir keinen Anlaß, unsere bisher beobachtete Zurückhaltung weiterhin zu bewahren.

Wir glauben nicht fehlzugehen in der Vermutung, daß die Anregung zu den Verhandlungen von belgischer, nicht, wie im Ausland aus durchlässigen Gründen behauptet worden ist, von deutscher Seite ausgegangen ist. Belgien ist durch seine Sorgen um die Sanierung seiner Finanzen und seiner Währungsfrage auf den Gedanken gebracht worden, gegen die Gewährung deutscher Unterstützung bei dieser Sanierung den Kreis Cupen und den größten Teil des Kreises Malmedy an Deutschland zurückzugeben. Diesem Entschluß lag die heute auch in Belgien verbreitete Erkenntnis zugrunde, daß die beiden Kreise in der erdrückenden Mehrheit von Deutschen bewohnt sind. Für die finanzielle Lage der Regierung Deutschlands kamen mehrere Abgesehen in Betracht. Unter anderem dachte man an einen deutschen Rückkauf der sogenannten Wesselsungsmärkte, d. h. der Markttraktate, die die belgische Regierung nach dem Waffenstillstand aus dem belgischen Besitz gezogen und seitdem in ihren Rassenhöfen liegen hat. Es ist kaum zweifelhaft, daß der belgische Schatzmeister Sarquani, in dessen Händen die Hauptlast der Sanierungsarbeiten ruht, begünstigt der ehemalige belgische Ministerpräsident und jetzige Vertreter Belgiens in der Reparationskommission, sowie Treuhänder der Dawesgläubiger bei der Reichsbahn, Delacroix, aber auch andere gewichtige belgische Persönlichkeiten Anhänger des Planes gewesen sind. Es bestand die Ansicht, die Gebiete eines Wesselsungsmarktes in m. n. g. herauszugeben. Hierzu sei bemerkt, daß der Verdacht auf die Abkündigung durchaus nicht als eine Konzession an Deutschland zu werten gewesen wäre, im Gegenteil, vom deutschen Standpunkt wäre es sehr viel erwünschter gewesen, wenn man die Rückgabe von einer wirklichen unparteilichen Arbitration abhängig gemacht hätte, denn man wäre aller Welt in unzeitweiliger Weise bewiesen worden, wie sehr man im Zeitalter von Versailles Recht und Gerechtigkeit und den Grundlag der Selbstbestimmung der Völker vergewaltigt hat.

Wir glauben, daß zwischen Belgien und Deutschland

über, wenn sie verlangt, doch stützenden Trost bereit und gern ergriffen zu haben, wie unter Herr Jospin ein in Boote schiffen, von den durch plötzlich ausbrechenden Sturm versänglichten Gefährten, den schäumenden Wogen Stille gebot, lächelnd über die Kleinigkeit der Propeller. Sei nicht heimlich, wiederholt Sonnenhagen unabhänglich. Junger Katholizismus Besten! Wenn dich des Apoffelstücken Quotienten-Schätzung erzählt und du dichst die heimliche Hauptlast über den Jammer liegend, verlassen, weil du nicht glauben kannst, daß diese verlogene, verkehrte und bis ins innerste Mark verfaulende Welt noch einmal wieder werden könnte, und wenn du attematentemal ein Schwelmer und Feiner müssen dieses Rindvieh verzeihen, dann gehende, daß du den Herrn in deinem Boote führst. Er aber ist der Herr und gebietet dem Wind und der Welle. Unter jenen Schritten wächst Frühling aus der dünnen Erde und wachsende Blüten aus dem Stumpfe. Blüten an der Taucherkrautstraße! Blüten längs der Friedhofstraße! Blüten an den Hinterhöfen der Allee! Er gibt Sei nicht kennung! Ein helles Feuer brennt in diesem Weltentum und man verachtet seine Begeisterung für Gottes, dem er wesensvoll erachtet. In den Hütten wir leinestlichen in Wien! Ich verkenne nicht die Opferfreudigen, unermüdlichen katholischen Frauen und Männer, die nicht. Ich fürchte nur: sie sind zu still, sie sind nicht gegarigelt genug und, vor allem, sie wirken nicht über das Bürgerium hinaus, sie greifen nicht nach der Arbeiterkraft. Der Wiener Katholizismus, den ich freilich schon seit Jahren als arbeitende Volk, er darf sich nicht auf einzelne Klassen und Klassen geteilt auf irgendeine politische Partei, sei sie noch so verdienstlich und ehrenwert, beschränkt; er gehört ins Volk, damit das Volk ihn geliebt. In der Wiener Arbeiterkraft, auch unter den Sozialdemokraten, lebt ein hartes, rosiges Bedürfnis, das nur dem Katholizismus mißtraut, weil er in Verdacht steht, sich den politischen Forderungen des Bürgeriums verweigern zu haben. Tüchtig diesen Argwohn, widerlegt ihn durch die Tat, nehmt jeden, er nenne sich einen Sozialdemokraten, Kommunisten oder Anarchisten, freudig auf und vereint euch mit ihm in eucharistischen Geheimnisse. Käme doch Doktor Sonnenschein auf ein paar Jahre nach Wien.

eine Einigung unschwer erzielt worden wäre, vielleicht trotz der Erklärung des M. Jaspars der Sache nach bereits so gut wie erzielt war. Die belgische Regierung hielt sich indessen für verpflichtet, zunächst noch die Regierungen der Hauptalliierten, vor allem Frankreichs und Englands, vermutlich auch Italiens, ins Vertrauen zu ziehen. Chamberlain hat die Nachfrist, daß er Schwierigkeiten gemacht hätte, jedoch durch Poincaré demontieren lassen. Anders liegt die Sache mit Poincaré. Es ist kaum ein Zweifel möglich, daß Poincaré sich in Brüssel gegen den Plan ausgesprochen und ihn damit bis auf weiteres vereitelt hat.

Man sieht, die Rolle dieses unheilvollen Mannes, dieses großen Verderbers Europas, ist doch noch nicht ausgefüllt. Als er vor wenigen Wochen das Amt des Ministerpräsidenten von neuem übernahm, wurde laut verkündet, er werde sich streng auf die Finanzpolitik beschränken und in die auswärtige Politik nicht einmischen. Der Fall Cupen-Malmedy ist ein klarer Beweis für das Gegenteil.

Es liegt nahe, auch in anderen Vorgängen der jüngsten Zeit, so etwa in den plötzlich erhöhten Ansprüchen Polens in der Ratschfrage, die unheimliche Hand dieses Mannes zu vermuten. Wenn sein Einfluß die Oberhand gewinnt, so ist es um die Annäherung der ehemals feindlichen Völker traurig bestellt. Sondern wird sich, wenn er demnächst, mit Poincaré im Rücken, die Reise nach Genf antreibt, in einer wenig beneidenswerten Lage befinden. Er wird nicht umhin können, sich an sein Erlebnis in Cannes im Januar 1922 zu erinnern, als Poincaré, damals ohne Amt, durch seine Anträge den in ausichtslosen Verhandlungen mit Lloyd George und mit Rathenau begriffenen Ministerpräsidenten Briand jäh zum Sturz brachte. Was ist erst heute, da er selbst Ministerpräsident ist, von Poincaré zu gewärtigen!

Eine offizielle deutsche Auslassung.

Zu den Meldungen der ausländischen Presse, insbesondere den Meldungen gewisser französischer Blätter über die Frage Cupen-Malmedy wird von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt:

Die Tendenz aller dieser Meldungen liegt auf der Hand. Die Öffentlichkeit wird alarmiert, um die Absichten der deutschen Politik zu diskreditieren. Durch Vermischung wahrer und falscher Nachrichten soll der Eindruck erzwungen werden, daß Deutschland die belgischen Finanzschwierigkeiten ex professo zu m. n. g. sache, daß die belgische Regierung sich dieser Erpressungsmanöver nur mit Mühe erwehren könne, daß es aber schließlich dem erniglichen Einschreiten dritter Mächte gelungen sei, die drohende Gefahr zu beseitigen. Darüber, was dritte Regierungen gegenüber der belgischen Regierung getan haben, kann natürlich nur diese selbst Auskunft geben. Der deutschen Regierung ist nichts davon bekannt. Für sie ist der wirkliche Tatbestand ein sehr einfacher, der sich mit wenigen Worten wiedergeben läßt.

Zwischen deutschen und belgischen Finanzämtern sind schon vor längerer Zeit Besprechungen in Gang gekommen, die sich auf eine deutsche Mitwirkung bei den internationalen Plänen zur Sicherung der belgischen Währungsbezogen. Ohne dies es einer besonderen deutschen Initiative bedürft hätte, ist dabei auch ein deutsch-belgisches Zusammengehen auf finanziell und wirtschaftlichem Gebiete dadurch zu fördern, daß gleichzeitig eine Verständigung über das künftige Schicksal der Kreise Cupen und Malmedy herbeigeführt würde. Es bedarf keiner Begründung, daß eine Verständigung dieser Art auf dem Wege verständnisvoller gegenseitigen Entgegenkommens wesentlich zu einer Vertiefung der gesamten Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien beitragen würde. Auch in belgischen Kreisen sehen man sich dieser Erkenntnis keineswegs zu verschließen. Das zeigt auch die verständliche Haltung maßgebender belgischer Blätter. Es muß betont werden, daß diese Besprechungen nicht den Charakter offizieller Verhandlungen von Regierung zu Regierung angenommen haben. Selbstverständlich hat die Reichsregierung von den Unterhaltungen Kenntnis gehabt; ebenso selbstverständlich ist es, daß sie die Entwicklung der Dinge mit dem größten Interesse verfolgt hat.

Dieser Haltung der Reichsregierung den Vorwurf einer Ex professo Politik zu machen, wie es französische Zeitungen tun, kennzeichnet sich angehts des geschilderten Sachverhalts ohne weiteres als widersinnig. Für Deutschland konnte und kann nichts anderes in Frage kommen, als eine Verständigung, die die Gewährung der Dauer und dadurch ergibt, daß sie in völlig gleicher Weise den Interessen beider Länder entspricht, nicht aber eine Verständigung, die für den einen Teil nur ein Mittelteil sein würde, um gegenwärtige Schwierigkeiten zu überwinden. Wenn, was die deutsche Regierung nicht weiß, die Idee einer solchen Verständigung ihre aktuelle Bedeutung jetzt dadurch verloren haben sollte, daß dritte Mächte sich ihrer Verwirklichung widersetzen, so wäre das ein gefährlicher Verlust, in die friedliche und den wahren Interessen zweier Nachbarvölker entsprechende Entwicklung mit den Mitteln moderner politischer Druckes einzugreifen. Es wäre ein Verstoß, der einen um so bedauerlicheren politischen Rückschritt bedeuten würde, als er im Widerspruch stünde mit dem Sinn der Verträge von Locarno, deren Hauptbedeutung darin liegt, die Grenzen im Westen für immer zu befrieden und die Erörterung aller damit zusammenhängenden Fragen ein für allemal der Sphäre politischer Machtanwendung zu entziehen.

Amerika verflucht seine Eufestigung.

Washington, 21. August.

Die Konteradmiral Moffatt, der Leiter des Marine-Luftwesens, mittelte, werden im laufenden Rechnungsjahr 12 Millionen Dollar für den Ankauf neuer Marineflugzeuge ausgeworfen werden. Die Aufzählung der Vereinigten Staaten zur See soll um 262 Flugzeuge vermehrt werden, und zwar um 100 Kampfflugzeuge, 47 Beobachtungsflugzeuge, 61 Torpedobomben- und Aufklärungsflugzeuge und um 74 Schiffsflugzeuge. Die neuen Flugzeugtypen werden auf Grund eines Ausschreibungsverfahrens festgelegt werden, an dem 24 Substanten teilnehmen werden.

Die „Atheinisch-Weinfallische Zeitung“.

In Nr. 382 (182) vom 19. d. M. hatte die „Germania“ unter der Ueberschrift „Atheinische für Separatisten“ gemeldet, daß die Franzosen gelegentlich der Verminderung der Besatzungstruppe daran erinnert hätten, Deutschland habe sein im Jahre 1921 in London gegebenes Versprechen der Amnestierung der Separatisten „und ähnliche interessanter Individuen“ nur unvollkommen eingehalten. Man hoffe nunmehr, einen Ausweg gefunden zu haben, der den deutschen und den französischen Standpunkt in dieser Frage miteinander in Einklang bringe.

Die „Atheinisch-Weinfallische Zeitung“ drückt unsere Ausführungen ab und schreibt im Anschluß daran:

Auf Grund dieser Ausführungen ist bei den zuständigen Stellen angefragt worden, ob tatsächlich die Amnestierung nach einem Ausweg gesucht hat, um sich dadurch von der Separatisten zurückzuziehen. Es ist aber in weiterem Sinne nicht zu erwarten. Über die Ausführungen der „Germania“ ist in dem Bericht des Separatisten zu vermerken, daß er sich über die Sache der Separatisten zu vermerken zu machen, und gewissermaßen gleichzeitige die Gebiete Frankreichs zu besorgen, die sie als Vorwand für die Verengung der Besatzungsverminderung, nämlich „nationalistische deutsche Herausforderung“ ins Feld führen. Bei dieser Haltung deutscher Blätter ist es natürlich kaum möglich, ein Erfolg aus einer weiteren Klärung des Abkommens zu erwarten, und es ist deshalb zu hoffen und zu erwarten, daß die Reichsregierung in allerhöchster Weise gegen derartige Vorgehens vorgeht.

Es gibt im Geldmarkt munterer Stimmung, so wachsend und abgekühlt, daß der deutsche Reichs Reich nur ungenötigt berührt, weil er fürchtet, sich zu beschleunigen. Aber was kommt auf gegen die Reichsfläche des Geldverkehrs? Ähnlich gibt es im politischen Leben munterer Angelegenheiten und schäbig, daß der Anständer nur mit Mühe streben darauf reagiert.

Zunächst läßt die „Atheinisch-Weinfallische Zeitung“ und ebenio die „Tägliche Rundschau“, Nr. 386 vom 20. d. M., in ihrer Zeitungsausschnitt — beim Abrudr unserer Ausführungen ein wesentliches Wort aus: „Wir hatten geschrieben, es sei naturgemäß nicht immer möglich gewesen, die Separatisten und ähnliche Individuen gegen die mannigfachen Forderungen der „deutschen“ Empörung ihrer Mitglieder zu schützen. Das Wort „deutschen“ läßt die „Atheinisch-Weinfallische Zeitung“ — und die „Tägliche Rundschau“ — aus. Wir hatten ausdrücklich erwidert, daß es sich um Verleumdungen handelt, die sich gegen das deutsche Staatsrecht vergriffen hätten. Gegen den Vorwurf einer Parteinahme für die Separatisten uns zu verweigern, ist unter unserer Würde; für jeden Väter mit halbwegs normalen Verstandeskräften ist unter Urteil über diese Herren, wenigstens wir allerdings nicht auf dem Standpunkt stehen, daß man seinen Nationalismus dadurch beweisen muß, daß man bei jeder Gelegenheit den Mund möglichst vollnimmt. Auch über die tatsächliche Berechtigung der französischen Forderung nach weitergehendem Schutz der Separatisten hatten wir uns mit keinem Wort geäußert. Wir hatten lediglich referiert, gemeldet, ohne irgendeine selbst Stellung zu nehmen. Wir scheuen uns indessen nicht, auszusprechen, doch wir die halbtägige Befreiung der Abenteurer für ein so abertausend wichtiges Ziel halten, daß es auch durch Schöpfung der Separatisten nicht zu teuer erkauft wäre, und daß es sich lohnen würde, den Franzosen auch den Vorwand eines Bruches des Amnestievertrages zu nehmen. Wollte es eben auch hier, wie so oft, die Wahl zwischen zwei Übeln.

Wir sind gespannt, ob die „Atheinisch-Weinfallische Zeitung“ ihre Bemerkungen richtigstellt.

Die Unternehmung des Anglids von Leseerde.

Nachforschungen nach dem Schlafwagenpallagieren.

Die Nachforschungen nach den Urheberern der Eisenbahnkatastrophe von Leseerde hatten bis zum gestrigen Sonnabend abend trotz fleißiger Tätigkeit noch zu keinem greifbaren Resultat geführt. Da neuerdings auch mit der Möglichkeit gerechnet wird, daß das Attentat vielleicht einen politischen Hintergrund hat und einer bestimmten Personlichkeit galt, die entweder der Norddepp oder einer der Schlafwagen der anderen drei in Frage kommenden Lüge benutzte, verläßt man die Namen der Passagiere sorgfältiger, die in der Nacht vom 18. zum 19. August Schlafwagenpläne im Norddepp, im Kölner Schlafwagenzug, im Hollandzug und in dem verunglückten Schnellzug D 8 innehatten.

In der Anglische liegen von dem englischen Zug nur noch die Maschine und der Tender, die mit Hilfe von Kranen und Winden wieder aufgestellt werden sollen, da sie nur verhältnismäßig schwach beschädigt sind.

Verhaftung von Falschmünzern.

Cottbus, 21. August.

In der vergangenen Nacht wurden in Senftenberg der Graveur Oscar Buch und der Buchdruckerbesitzer Hans Spitzer aus Cottbus festgenommen, die in dem Verdacht standen, falsche Dreimarckstücke hergestellt; und in den Verhaftung gebracht zu haben. Die Ermittlungen ergaben die Berechtigung des Verdachtes, denn bei einer Hausdurchsuchung in Cottbus wurde eine Anzahl von halbfertigen Dreimarckstücken und auch Werkzeug zur Herstellung der Falschstücke gefunden.

Der Sprung aus dem Schmelzberg.

Freiburg, 21. August.

Der irrftunige Normerger, der wie gemeldet am Dienstag abend bei Stein aus dem fahrenden Schmelzberg gesprungen war, ist heute von der Fringer Polizei in Frisingen festgenommen worden. Er hat bei dem Sprung nur geringe Verletzungen erlitten.

Kommunistenverhaftungen in Jugoslawien.

Belgrad, 19. August.

Aus Belgrad in Serbien wird berichtet, daß die dortige Polizei eine großangelegte kommunistische Organisation auf die Spur gekommen sei. Mehrere Personen wurden verhaftet. Bei Hausdurchsuchungen wurden revolutionäre Schriften und Aufzeichnungen gefunden.